

Antragsbereich E: Europa und Internationales

Antrag E3_18/1

1 Antragssteller*in: Juso-Hochschulgruppe Freiburg

2
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

4 5 **E3_18/1 Vive la révolution! - Solidarität mit** 6 **den protestierenden Studierenden und** 7 **Streikenden in Frankreich**

8 Zum ersten Mal seit 1968 wird von Seiten der französischen Universitätsleitungen ein Tabu
9 gebrochen, indem sie Studierendenproteste auf den Geländen der Hochschulen durch die
10 Bereitschaftspolizei gewaltsam auflösen ließen. Davor galt es 50 Jahre lang als Tabu, gegen
11 Studierendenproteste an den Hochschulen mit Polizeigewalt vorzugehen.

12
13 Begonnen wurden die Proteste vor allem aufgrund der beschlossenen neuen Hochschulreformen
14 der Regierung von Emmanuel Macron. Diese ermöglichen den Hochschulen, schärfere
15 Aufnahmekriterien zu schaffen. Dazu gehört nicht nur die Einführung eines Numerus Clausus,
16 sondern bei bestimmten Studienfächern auch Kriterien wie Praktika im Ausland oder Reisen, die
17 von der finanziellen Situation der Studierenden und ihrer Familien abhängig sind. Zudem können
18 Hochschulen für die Aufnahme Motivationsschreiben und Lehrerempfehlungen verpflichtend
19 einführen, sodass die Hochschulzugangsberechtigung stark von subjektiven Komponenten geprägt
20 wird. Zeichnete sich die französische Hochschulpolitik bisher durch eine auf Leistung fixierte
21 Elitenbildung aus, erhalten die Hochschulen nun weitere Instrumente zur Aussiebung, um diesen
22 Kurs noch weiter zu forcieren.

23
24 In den letzten Wochen haben Politik und Hochschulen die Situation völlig eskalieren lassen. In
25 einer Nacht Ende März stürmte ein bewaffneter Schlägertrupp die von Studierenden besetzte
26 juristische Fakultät der Universität Montpellier. Einer der verummten Schläger wurde in einem
27 Video als Jura-Professor identifiziert. Der Dekan soll den Angreifern die Tür geöffnet haben.
28 Inzwischen ist der Dekan zurückgetreten, der Professor suspendiert und beide festgenommen
29 worden. Die Brutalität war ein Auslöser dafür, dass über ein Dutzend weiterer Hochschulen von
30 Studierenden besetzt worden sind. Viele Professor*innen und Mitglieder von
31 Universitätsverwaltungen haben sich mit den Studierenden solidarisiert.

32
33 In Paris-Nanterre, begannen am 22.3.1968 die französischen Studierendenproteste, die später in
34 einen Generalstreik mit über 10 Millionen Streikenden gipfelten. Seitdem war es, wie bereits
35 erwähnt, in Frankreich ein Tabu, die Polizei zu rufen, um gegen demonstrierende Studierende
36 vorzugehen. An ebendieser Universität rief der Dekan am 9. April 2018 die Bereitschaftspolizei,
37 um eine Versammlung von 100 Studierenden gewaltsam aufzulösen. 7 Studierende wurden wegen
38 Widerstands gegen die Staatsgewalt verhaftet. Am 12. April räumte die Bereitschaftspolizei die
39 besetzte Pariser Universität Sorbonne. Ähnlich wie in Montpellier ging an der Pariser Universität
40 Tolbiac ein verummter Trupp mit Baseballschlägern und Rauchbomben auf Studierende los.
41 Auch hier rief der Universitätspräsident die Polizei, um gegen die Studierenden vorzugehen.
42 Ähnliche Vorfälle gab es in Nantes und Grenoble.

44 Frankreichs Präsident Emmanuel Macron diffamiert die Protestierenden als "professionelle
45 Aufwiegler" (sic!). Unter dem Deckmantel einer "pro-europäischen" Politik setzt er seine
46 neoliberalen Reformen mit Hilfe polizeilicher Repression durch. Die Studierendenproteste sind
47 Teil eines größeren Protests gegen diese Reformen. Zeitgleich versucht seine Regierung, die
48 französische Staatsbahn SNCF umzubauen. Neu eingestellte Eisenbahner*innen sollen einen
49 wesentlich schlechteren Kündigungsschutz bekommen und nicht mehr von bestehenden Renten-
50 Regelungen für Eisenbahner*innen profitieren dürfen. Die französische Regierung wandelt auf
51 den Spuren von Gerhard Schröders Agenda 2010. Sowohl Macrons Bildungspolitik als auch seine
52 Arbeitsmarktpolitik fördern die soziale Ungleichheit massiv. Seine Arbeitsmarktpolitik zielt
53 darauf ab, Sozialausgaben und Löhne zu senken und Erwerbstätige in befristete Arbeitsverträge
54 zu zwingen.

55

56 Obwohl die Regierung eine breite Mehrheit in der Nationalversammlung hat, setzt sie die
57 Reformen wie schon bei der Arbeitsmarktreform im letzten Jahr nicht erst per Gesetz, sondern
58 per Verordnung durch und lässt diese erst später als Gesetze in der Nationalversammlung
59 durchwinken. Eine echte parlamentarische Debatte über die Gesetzesänderungen findet auf
60 diese Weise nicht statt - Demokratie sieht anders aus.

61

62 Wir solidarisieren uns mit den progressiven Protesten der Studierenden und streikenden
63 Angestellten in Frankreich und verurteilen die Vorgehensweise der Polizei. Wir fordern die
64 Verhaftung der bewaffneten Schlägertrupps und das Ende der polizeilichen Repression gegen
65 demonstrierende Studierende. Als internationalistischer Verband lehnen wir die unsolidarische
66 Politik Macrons ab. Soziale Selektivität an Hochschulen in Europa passt zu keinem Zeitpunkt in
67 unser Verständnis von einer emanzipatorischen europäischen Hochschulpolitik. Stattdessen
68 treten die Juso-Hochschulgruppen für ein solidarisches Europas sowohl innerhalb als auch
69 zwischen den einzelnen Mitgliedsstaaten ein.